



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/8c

Hannover, 8. Juli 1948

Western Union

=====

Von Allan Flanders

Allan Flanders, bis vor kurzem Leiter der politischen Abteilung beim Alliierten Kontrollrat in Berlin, junger, hervorragender Politiker der Labour Party, befindet sich zur Zeit auf einer mehrwöchigen Studien- und Vortragereise in Westdeutschland. Er stellt uns nachstehenden Beitrag zur Verfügung:

Die Frage nach einer engeren Union zwischen den demokratischen Staaten in Westeuropa ist mir während meines Besuches in Deutschland oft vorgelegt worden. Meine Antwort lautete, dass diese Bewegung für uns zugleich eine Hoffnung, eine Gefahr und eine Gelegenheit bedeutet.

Die Hoffnung liegt in der zunehmenden Erkenntnis, dass die westeuropäischen Länder ein gemeinsames Schicksal teilen und allein aus diesem Grunde schon, wenn nicht aus anderen, eng zusammenarbeiten sollten. Nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen. Von noch grösserer Bedeutung ist die Tatsache, dass jedes dieser Länder sich in seiner Innenpolitik demselben Problem gegenüber sieht, nämlich: wirtschaftliche Planung mit persönlicher Freiheit und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Die demokratischen Einrichtungen in Europa bilden das Angriffsziel für die beiden gleichen Feinde, die Kommunisten und die Neo-Faschisten. Wenn es auch zwei Feinde sind, so gibt es doch nur eine Gefahr, da beide sich notwendigerweise gegenseitig unterstützen müssen. Diese Gefahr kann als die Polarisierung nationaler Politik zwischen zwei Formen der Reaktion charakterisiert werden, die beide chauvinistisch und totalitär sind. Die eine sucht Massenunterstützung bei den arbeitenden Klassen, die andere in den Mittelklassen.

Diese Gefahr kann nur durch den Erfolg demokratischer und sozialistischer Planung unter Kontrolle gehalten werden, mit anderen Worten, durch den Beweis, dass wirtschaftliche Krisen und das wirtschaftliche Chaos vermieden und ein zufriedenstellender Lebensstandard allen Bürgern auch ohne Uniformierung durch eine einzige Staatspartei garantiert werden kann. Es entspricht nur dem gesunden Menschenverstand, wenn man versucht, eine gemeinsame Gefahr durch eine gemeinsame Aktion zu bannen. Die Gründung einer Westlichen Union beruht im Grunde auf diesem einfachen

Argument. Aber wie es so oft der Fall ist, hat auch hier die Furcht rascher zu Ergebnissen geführt als die weise Voraussicht. Die Gefahr einer weiteren russischen Expansion in Europa hat dem Gedanken einer Westlichen Union im vergangenen Jahr einen grösseren Impuls gegeben als sonst etwas.

Die Gefahr, auf die ich hingewiesen habe, wird entstehen, wenn es uns nicht gelingt, unsere Ziele hinsichtlich der Westlichen Union genau zu definieren. Das ist eine schwerwiegende Frage, die eingehendes Studium und Diskussion erfordert. Wir müssen uns dabei der weit divergierenden Konzeptionen bewusst sein, die bestehen.

Es ist bezeichnend, dass die "Europäische Union" mit besonderer Begeisterung als Schlagwort nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England von den Kreisen aufgenommen worden ist, die man politisch zur äussersten Rechten zählen muss. Es verdient festgehalten zu werden, dass diese Kreise den Nachdruck auf die Schaffung einer politischen Föderation als den ersten entscheidenden Schritt für die Lösung unserer Probleme legen. Das führt zu einem seltsamen Bündnis zwischen derartigen politischen Reaktionären und jenen aufrichtigen Menschen, die stets aus idealistischen Motiven den Föderalismus als die einzig wirksame Lösung des europäischen Problems propagierten. Bei der Haager Konferenz der Europäischen Union im Mai konnte so etwas wie dieses Bündnis bereits beobachtet werden. Sie bildete in der Hauptsache eine gemischte Kundgebung älterer konservativer und liberaler Staatsmänner einerseits, die nun, weil sie aus den Regierungen entfernt wurden, nach einer politischen Plattform Ausschau halten und doktrinärer Föderalisten andererseits, die glauben, dass allein schon durch die Propagierung des Zieles einer europäischen Föderation all die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überwunden werden können, die einer engeren Union im Wege stehen. Es war beispielsweise interessant, dass Gaullisten nachdrücklich öffentliche Wahlen für ein europäisches Parlament forderten, weil sie hofften, so das derzeitige Parlament und die derzeitige Regierung in Frankreich unterminieren zu können.

Als letztes Ziel ist eine politische Föderation wahrscheinlich wünschenswert, aber dieses Konzept heute in den Vordergrund stellen, kann nur dazu führen, dass die praktischen Schritte, die sofort nötig sind, ignoriert werden.

Am dringendsten in Westeuropa ist die Zunahme gemeinsamen wirtschaftlichen Planens. Wir brauchen eine Koordinierung unserer Hilfsquellen, zum gemeinsamen Vorteil, nicht aber für einen Konkurrenzkampf. Das Ziel heisst nicht Autarkie, sondern grössere Wirksamkeit auf verbreiteter Basis. Man kann nicht erwarten, dass jene Politiker, die die wirtschaftliche Planung in ihren Ländern ablehnen, danach streben, diese Planung auf eine breitere europäische Basis zu stellen, obwohl sie im Augenblick höchst notwendig ist. Sie ziehen es vor, Zuflucht zum entfernteren politischen Ziel zu nehmen.

Das bringt mich zu meinem letzten Punkt, dass die westeuropäische Bewegung den demokratischen Sozialisten eine grosse Gelegenheit

bietet. Der Prozess der Zusammenfassung Westeuropas kann nur durch den Kampf in jedem einzelnen Land gegen die zwei Mächte verwirklicht werden, die ihr entgegenstehen: gegen das nationale Vorurteil und gegen den verschleierte Eigennutz. Der Kampf gegen diese Mächte kann nur durch die Kräfte des demokratischen Sozialismus geführt werden. Nur in ihren Reihen ist nach dem Kriege eine Wiederannäherung bereits erfolgt. Sie sind jetzt dabei, eine gemeinsame Politik für Westeuropa auszuarbeiten. Es wird von ihrer Stärke und von ihrer Führung abhängen, ob es gelingt, die Demokratie in Europa zu retten und eine "Dritte Kraft" in Weltangelegenheiten zu schaffen.

 Ernst Reuter: Berlin kämpft für Deutschland

sp. "Die Geschlossenheit und Entschiedenheit der Berliner Sozialdemokratie ist zu einem weltpolitischen Faktor geworden", erklärte der gewählte, aber von den Russen nicht anerkannte Oberbürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, in einer Darlegung für den "Sozialdemokratischen Pressedienst". "Der freie Entschluss, uns unter keinen Umständen zum zweiten Mal unter das Joch einer einseitigen Parteidiktatur zu beugen, hat uns in der Berliner Auseinandersetzung die Rolle einer revolutionären Partei zugewiesen. Zur weltpolitischen Faktor wurde aber auch die Tatsache, dass die Berliner Bevölkerung die Auffassung der Sozialdemokratie übernahm. Ohne die bewundernswerte Haltung der Bevölkerung wäre die internationale Auseinandersetzung, die wir jetzt erleben, gar nicht möglich.

Ganz gleich, wie der Kampf ausserlich gesehen, ausfallen mag", fuhr Reuter fort, "durch diesen Kampf wurde alles andere übertrumpft, was bisher für die Regeneration Deutschlands und seine Einordnung in die internationale Gemeinschaft getan wurde. Im Auslande wächst die Erkenntnis, dass die Deutschen ein politisch mündiges Volk geworden sind. Durch unseren Willen zur Unabhängigkeit werden wir Schritt für Schritt unser Recht durchsetzen. In Berlin wird etwas von Deutschland abgewaschen, was abgewaschen werden musste.

Der Gegner ist zum zweiten Male auf den fest organisierten Widerstand einer ganzen Bevölkerung gestossen, der den Widerstand der ganzen Welt ausgelöst hat. Wir wissen nicht, wie die internationalen Auseinandersetzungen ausgehen werden. Eines aber ist sicher: Wenn die Alliierten in Berlin eine Niederlage erleiden würden, dann wäre der Krieg früher oder später unvermeidlich.

Die Sozialdemokraten und die Berliner treten weiterhin für den Status einer echten Viermächteverwaltung und für den freien Zugang Berlins zum Westen ein. Kommt es zu dieser Lösung, dann besteht die grosse Wahrscheinlichkeit, dass der Frieden gewahrt bleibt. Der russische Partner hat sich allerdings soweit vorgewagt, dass ihm der Rückzug gewisse Schwierigkeiten bereiten wird.

Der Kampf der nächsten Wochen wird ausserordentlich schwer werden. Die Lebensmittelversorgung Berlins ist bis auf weiteres gesichert. Es wird aber kaum möglich sein, Kohle auch nur in einiger-

massen ausreichender Menge auf dem Luftwege nach Berlin zu schaffen. Die Haushalte werden nur zwei Stunden am Tage Strom erhalten können. Die Stromlieferungen für Industrie und Handwerk müssen ausserordentlich beschränkt werden.

Für uns ist in Berlin jedes Geld erträglich, das unter wirklicher Kontrolle steht und nicht willkürlich in Umlauf gesetzt werden kann. Die Russen wollten eine solche Kontrolle nicht. Die Westmächte wurden gezwungen, die D-Mark in den Westsektoren einzuführen. Bisher ist das Westgeld nicht voll zum Zuge gekommen. Für die wichtigsten Ausgaben muss auch in den Westsektoren das Ostgeld verwendet werden, und nur 25 Prozent der Löhne und Gehälter werden in D-Mark ausgezahlt. Das ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Wenn die Bevölkerung nur Westmark erhielte, verlangt sie auch, dass dieses Geld mehr ist als Ersatzzahlungsmittel auf dem Schwarzen Markt. Wir wollen keine einseitige Währungsiktatur, sondern wünschen die Gleichberechtigung beider Währungen. Voraussetzung einer Normalisierung ist jedoch, dass die Blockade gebrochen wird.

Wir sind entschlossen, auch unter persönlichen Gefahren das Möglichste zu tun, um die Einheitlichkeit Berlins aufrechtzuerhalten. Wir sind uns in unserem Kampf auch bewusst, dass Berlin die letzte Klammer für g a n z Deutschland ist." (t/r/dt/ae/77/2/ae)

Russen plündern Heimkehrer aus

sp. Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD meldet: Nach der Währungsreform leitete das Lager Friedland in diesen Tagen den ersten Transport von Heimkehrern aus dem Westen über die Grenze in die Ostzone weiter. Sofort hinter dem Schlagbaum wurden die Männer einer gründlichen Visitation unterzogen. Dabei beschlagnahmte das sowjetische Personal alle Geldbeträge, welche die Heimkehrer bei sich trugen. Weder das in Lager Münster ausgezahlte Entlassungsgeld, noch den in der Gefangenschaft zusammengesparten kärglichen Lohn konnten die Heimkehrer behalten. Eine Umwechslung in die "Etapetenmark" der Ostzone erfolgte nicht. (m/Bl/87/2/he)

18.000 statt 60.000

sp. Friedland als Empfangslager der britischen Zone für Heimkehrer aus Russland hatte auf Grund der Meldungen der sowjetischen Besatzungszeitung "Tägliche Rundschau" alle Vorkehrungen für die Aufnahme von monatlich 60.000 Heimkehrern getroffen. Leider erfüllten sich diese Hoffnungen nicht. Im Monat Juni konnten nur 18.348 Heimkehrer verzeichnet werden. Wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD weiter erfährt, hat für Monat Juli der Transport nur zögernd eingesetzt. (m/Bl/87/2/he)

24.6.48: Erich Ollenhauer fliegt nach Berlin zur politischen Unterstützung und Aussprache mit offiziellen Parteivertretern. Grosskundgebung mit 70.000 Personen.

25.6.48: Sokolowsky verhängt die Hungerblockade über Berlin.

26.6.48: SPD telegraphiert an Oberbürgermeister deutscher Städte und SPD Bezirke wegen Protest- und Solidaritätskundgebungen.

27.6.48: Franz Neumann spricht bei General Robertson zwecks Hilfe für Berlin vor, unterbreitet Plan der Spende einer Tagesration. General Robertson verspricht Transportübernahme.

28.6.48: Parteivorstand und Partelausschuss der SPD beschliessen in Hamburg Aufruf "Rettet Berlin!".

29.6.48: In allen Bezirken der SPD der westlichen Zonen Beschlüsse, Massenkundgebungen zur Rettung Berlins durchzuführen.

30.6.48: SPD telegraphiert an Mrs. Roosevelt wegen Hilfe für Berlin. Führende Sozialdemokraten, an der Spitze Erich Ollenhauer, appellieren an die sozialistische Internationale wegen Unterstützung Berlins. Chefredakteur Gerhard Seger, New York, sendet ausführliches Telegramm mit Bitte um Hilfe an Unterstaatssekretär Salzmann, Washington.

1.7.48: Ältestenrat des Landtags Niedersachsen beschliesst mit allen gegen die Stimme der Kommunisten, scharfe Protestaktion gegen russische Hungerblockade und Lebensmittelsammlung für Berlin.

Schwedische Sozialdemokratische Partei stiftet 25.000 Schwedenkronen für Arbeiterwohlfahrt Berlin, Hauptausschuss Arbeiterwohlfahrt übernimmt Transportvermittlung.

Arbeiterwohlfahrt New York spendet zweieinhalb to Schmalz für Berlin, die sofort auf dem Luftwege befördert werden. Zentrale der sozialdemokratischen Jugendorganisation "Falken" stellt grössere Mengen Lebensmittel, die für die Organisation bestimmt, für Berlin zur Verfügung.

Seit 2.7.1948: In allen grösseren Städten der Westzonen veranstaltet die SPD Massenkundgebungen zur Rettung Berlins und beschliesst Hilfsaktionen. - SPD verbreitet zahlreiche Plakate "Rettet Berlin" und "Schickt Lebensmittelpakete nach Berlin".

3.7.48: Hamburger Bürgerschaft beschliesst, eine Tagesration für Berlin zu spenden. Grosse Volkskundgebung mit Sprechern der CDU, LDP und SPD aus Berlin. -

Berliner sozialdemokratische Jugendorganisation "Falken" stellt Sonderlager Lebensmittel für allgemeine Verteilung zur Verfügung. - Braunschweig beschliesst als erster SPD-Bezirk Lebensmittelaktion für Berlin. -

Landesausschüsse der Arbeiterwohlfahrt Bayern und Württemberg-Baden stellen als erste Spende zwei to Lebensmittel für Berlin bereit. - SPD-Abordnung fliegt nach London, um die Hilfe für Berlin zu aktivieren.

Der Kandidat der US-Sozialisten

sp. Die sozialistische Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika stand stets in Schatten der Republikanischen und Demokratischen Partei. Sie kam - in erster Linie infolge des hohen Lebensstandards der breiten Massen, aber auch aus mancherlei anderen Gründen - über ein Aschenbrödel-
 basein nicht hinaus. Dazu gesellten sich bald innere Zwistigkeiten, die zu einer Spaltung der Socialist Party und zur Gründung der Social Democratic Federation führten und dem sozialistischen Gedanken erheblichen Abbruch taten. Erst gegen und nach dem Ende des II. Weltkrieges begann wieder ein langsamer Aufstieg aus dem während des Roosevelt'schen New Deal erreichten Tiefstandes. Einige grössere regionale Gruppen kehrten zur Socialist Party zurück und seit einiger Zeit laufen verheissungsvolle Verhandlungen zur Wiedervereinigung der beiden "feindlichen Brüder" und zur Bildung einer einheitlichen sozialdemokratischen Bewegung, die Struktur und Zielsetzung der Labour Party angepaßt werden dürfte.

Der neue Aufschwung, der sich am deutlichsten in der Verdoppelung der Mitgliederzahl während des letzten Jahres dokumentiert, hat die Socialist Party ermutigt, auch für die diesjährige Präsidentschaftswahl wieder einen geeigneten Kandidaten zu nominieren. Die Wahl fiel erneut auf Norman Milton Thomas, der sich bereits seit 20 Jahren um die "Einreiseerlaubnis" ins Weisses Haus bemüht und in ganz Amerika unter dem Spitznamen "Der ewige Präsidentschaftskandidat" bekannt ist. Fünfmal ist der ehemalige Priester der Presbiterianischen Kirche, den man häufig auch das "Gewissen Amerikas" nennt, schon durchgefallen. Aber das hindert diesen brillanter Redner, der die Dinge beim rechten Namen zu nennen pflegt, und sich allgemeiner Hochachtung erfreut, nicht zum sechsten Male sein Glück zu versuchen. Natürlich startet Thomas auch diesmal nur als krasser Aussenseiter. Er hat praktisch nicht die leiseste Chance, Dewey oder Truman oder auch nur dem Kommunistenfreund Wallace den Rang abzulaufen. Allein, er weiss, dass seine geplante Wahlkampagne-Reise, für die die Socialist Party über 130.000 Dollar aufgebracht hat, der sozialistischen Idee neue Anhänger zuführen wird und darum ist er auch diesmal dem an ihn ergangenen Ruf ohne langes Zögern gefolgt. Wie früher wird Thomas wieder all die um sich sammeln, die weder republikanisch, noch demokratisch, noch Henry Wallace wählen wollen, den Thomas selbst als erbitterter Gegner des Kommunismus entschieden ablehnt. (b/A98/77/2/ae)

Labour Party in Canada auf dem Vormarsch

Die politische Entwicklung in Kanada ist durch den Vormarsch der Labour Party gekennzeichnet, die unter dem Namen "Canadian Commonwealth Federation" (CCF) figuriert und ihre stärkste Position in der Provinz Saskatchewan hat, wo sie die Provinzialregierung stellt. In Ontario hat sie bei den letzten Provinzwahlen die Liberalen überflügelt und ist zur offiziellen Oppositionspartei aufgerückt. Diese günstige Entwicklung erfolgte trotz des Aufwandes aller Mittel durch die herrschende konservative Partei, den Vormarsch der CCF abzustoppen. (m/365/87/2/ae)

Verantwortlich: Peter Baumau